

«Die Halbierungsinitiative ist ein Stoppschild»

Schweizer Radio und Fernsehen Reiner Eichenberger ist dagegen, TV-Serien wie «Tschugger» oder «Tatort» mit Gebühren zu finanzieren. Der Ökonom fordert einen anderen Service public.

Sandro Benini und Andreas Tobler

Mehr als 800 Professorinnen und Professoren aus allen Schweizer Sprachregionen und Disziplinen haben sich öffentlich gegen die Halbierungsinitiative ausgesprochen. Der Ökonom Reiner Eichenberger, Professor an der Universität Freiburg, sieht das anders. Eichenberger gehört zu den einflussreichsten Ökonomen der Schweiz. Er ist bekannt für unkonventionelle und streitbare Vorschläge, mit denen er mehr Kostenwahrheit und einen freieren Markt fordert. Einen solchen Vorschlag macht er auch im Interview.

Herr Eichenberger, kürzlich haben sich mehr als 800 Professorinnen und Professoren in einem offenen Brief gegen die Halbierungsinitiative ausgesprochen. Sie haben nicht unterschrieben. Warum?

Für viele dieser Professorinnen und Professoren ist die Zusammenarbeit mit der SRG wichtig. Deshalb scheint es mir selbstverständlich, dass sie der Institution gewogen sind.

Die Gegner der Halbierungsinitiative betonen, wie wichtig die staatspolitische, kulturelle und sprachliche Funktion der SRG sei. Sie würden widersprechen?

Natürlich gibt es öffentliche Güter im Medienbereich, allen voran die Information, die für eine Demokratie bedeutsam sind. Von öffentlichem Interesse sind auch kulturelle Argumente und die Vielsprachigkeit. Das ist aber noch kein Grund, die SRG so hoch zu subventionieren. Auch die Migros und die Banken erbringen öffentliche Güter. Da könnte man locker auch Subventionsgründe erfinden.

«Wir brauchen Vielfalt ohne einen überfütterten Dominator.»

Sie sagen: erfinden. Es gibt also keine Notwendigkeit für einen gebührenfinanzierten Service public?

Die Frage ist, ob ähnliche oder gar bessere öffentliche Leistungen nicht auch in einem freieren Markt erbracht würden – oder ob es dafür wirklich einen einzelnen Subventionsempfänger wie die SRG braucht. Früher gab es gute Gründe für ein staatlich reguliertes Monopol: wenige Sendefrequenzen, hohe Eintrittskosten. Das hat sich geändert. Die technologischen Kosten sind gesunken. Während Print- und elektronische Medien früher in getrennten Märkten tätig waren, sind heute alle im Internet. Und dort trifft die SRG mit ihren 1,3 Milliarden aus Zwangsabgaben auf Private ohne solche Mittel. Das ist hochproblematisch. **Könnten die Privaten wirklich alles, was die SRG jetzt macht?**

Ohne öffentliche Mittel wohl nicht. Aber mit ähnlich vielen Mitteln aus einer klugen Medienförderung könnten sie mehr als die SRG. Schauen wir uns die Medienlandschaft an: Tamedia, CH Media, NZZ, «Blick» – da gibt es Vielfalt, einen Service public mit unterschiedlichen Meinungen. Das sehe ich bei SRF überhaupt nicht. Die Vielfalt fehlt eindeutig.

Rechtspopulistische Parteien gehen in ganz Europa gegen die Öffentlich-Rechtlichen vor, weil sie unter anderem ihrem antiliberalen Weltbild widersprechen.

Die SRG soll doch nicht nach rechts rücken, sondern sachlicher und pluralistischer werden. Bei einzelnen Sendefässen darf es eine Asymmetrie geben, aber nicht immer zugunsten desselben politischen Lagers und so, wie es der Regierung dient. **Gehören Serien wie «Tschugger» zum Service public?**



Zu gross? Zu teuer? Hauptsitz der SRG in Bern. Foto: Keystone

Aus meiner Sicht ist es nicht Aufgabe eines gebührenfinanzierten Senders, Schweizer Serien oder Spielfilme zu produzieren. Auch der Schweizer «Tatort» gehört für mich nicht dazu. Früher war die Mischung von Information und Unterhaltung im linearen Programm der SRG sinnvoll, weil die Leute dank der Unterhaltung auch Informationsendungen geschaut haben. Heute schauen immer weniger Leute lineares Programm, weshalb man in einem Service-public-Angebot auf reine Unterhaltung verzichten kann. Einen Eingriff braucht es dort, wo die Information gesellschaftlich nützlich ist und der Markt sie nicht anbieten kann. Bei Sendungen wie dem «Kassensturz» trifft wenigstens Ersteres zu.

100 Franken pro Jahr sind für einen Haushalt nicht viel, aber wenn die Gebühren um diesen Betrag sinken, geht viel kaputt. Ist es das wert? Mit dem «Vernütele» von 100 Franken pro Jahr können sie jedes teure Projekt rechtfertigen, solange es nichts schadet. Aber mein Punkt ist ja, dass die hohen Subventionen der SRG schädlich sind. Mich erstaunt, dass Sie und viele Medienschaffende offensichtlich das Problem der Asymmetrie nicht sehen wollen. Wenn ein Unternehmen mehr als eine Milliarde für ein staatsdienliches Mitte-links-Programm geschenkt bekommt, macht das die anderen platt. Noch schlimmer: Es zwingt sie, in die ideologischen Ränder auszuweichen.

So rechtfertigt sich dann der Subventionsunsinn noch selbst.

Die SRG bietet unter anderem Sendungen auf Rätoromanisch und ein umfassendes Programm für das Tessin. Das kostet, ist für den Zusammenhalt des Landes aber wichtig. Uns erstaunt, dass Sie dieses Argument nicht sehen. Die regionale Umverteilungsdiskussion muss man von der Diskussion über den Service public trennen. Wenn man findet, die Subventionierung der Regionen sei wichtig, soll man ihnen das Geld direkt geben. Dann können sie über dessen Verwendung selbst bestimmen. Dann entstünden neue Ideen, wie sprachregionaler Service public effizienter erbracht werden kann.

«Die SRG soll nicht nach rechts rücken, sondern sachlicher werden.»

Wird die Initiative angenommen, stehen mehrere Tausend Leute auf der Strasse. Kümmert sie das nicht? Aha, staatsnahe Medien als Arbeitsbeschaffungsmassnahme trotz Fachkräftemangel? Ich bin mir sicher, dass man nicht eine Halbierung von einem Tag auf den anderen vornähme, sondern einen langsamen Abbau mit

Ökonom Reiner Eichenberger, Professor an der Universität Freiburg. Foto: Manuela Matt



konkreten Zielen vollziehen würde. Reformen kommen aber nur zustande, wenn man irgendwann ein Stoppschild hinstellt. Die Halbierungsinitiative ist ein solches Stoppschild. **Angesichts von Fake News und der geopolitischen Verwerfungen ist eine starke nationale Infrastruktur wichtig, die unabhängig von US-Techkonzernen wie Google oder Meta ist und von deren Plattformen Youtube, Instagram und anderen. Ganz zu schweigen von Tiktok, das einer chinesischen Firma gehört, oder Elon Musks X.**

Ja, aber genau deshalb soll nicht nur SRF Plattformen betreiben. Das können auch private Unternehmen wie zum Beispiel Tamedia oder die NZZ – erst recht, wenn sie dafür Subventionen erhielten. Genau weil Information so wichtig und die Bedrohungen so vielfältig sind, brauchen wir Vielfalt ohne einen überfütterten Dominator. **Wie sähe denn Ihr Modell konkret aus?**

Zunächst einmal gibt es unterschiedliche Ideen und Vorstellungen darüber, wie ein guter Service public im Fernsehen, im Radio oder im Internet aussieht. Die Kompetenz, dies zu beurteilen, liegt nicht allein bei SRF und seinen Journalistinnen und Journalisten oder den Mitgliedern irgendeiner Aufsichtskommission. Der Regionalsender Tele Z zum Beispiel – nicht zu verwechseln mit TeleZüri – führt immer

wieder Interviews, die qualitativ besser sind als viele von SRF. Nach meinem Modell würden Angebote von Privaten, die bestimmten Service-public-Kriterien entsprechen, rückwirkend entschädigt. Ein wichtiges Kriterium dafür ist auch die Anzahl Zuschauerinnen und Zuschauer.

«Man kann nicht so tun, wie wenn heute alles in Ordnung wäre.»

Und wer soll festlegen, welcher Sender wie viel Geld erhält?

Drei verschiedene unabhängige Gremien: je eines aus Medienexperten, Medienmitarbeitern und Publikumsvertretern. Sie würden wohl weniger die einzelnen Sendungen beurteilen als die internen Prozesse und Prozeduren, die in einem bestimmten Sender ablaufen. Sind diese professionell umgesetzt oder nicht? **Sie plädieren also dafür, eine gewaltige Bürokratie aufzubauen.** Nein. Es ist ein vielfältiger, wettbewerblcher Qualitätsgenerator. **Der Abbau von Bürokratie ist den Liberalen und anderen Verteidigern der freien Marktwirtschaft doch**

sonst so wichtig. Und jetzt darf es plötzlich mehr Bürokratie sein? Solche Kommissionen lassen sich relativ billig einrichten. Bei SRF gibt es eine Qualitätskontrolle, die auch etwas kostet.

Werden die Subventionen rückwirkend ausbezahlt, verschafft dies Unternehmern und Sendern mit einem grossen Startkapital einen gewaltigen Vorteil. Gegeben würde jenen, die ohnehin schon haben. Willkommen beim Oligarchenfernsehen.

Nein, nein. Die rückwirkende Unterstützung liesse sich gut mit einem Kreditsystem für neue Anbieter kombinieren. Mein Vorschlag ist ja nicht in Stein gemeisselt. Natürlich soll man ihn an die konkreten Probleme anpassen, die sich angesichts der grossen Dynamik eines wettbewerblcheren Mediensystems ergeben werden. Aber nochmals: Man kann nicht so tun, wie wenn heute alles in Ordnung wäre, was die Meinungsvielfalt im jetzigen Service-public-Angebot betrifft. Das ist ganz klar nicht so.

Eine monopolartige Macht könnte in einem freien Markt einem Einzelnen mit sehr viel Geld zufallen. Zum Beispiel einem Milliardär, vielleicht sogar einem ausländischen Milliardär, der bestimmte politische Absichten verfolgt. In einem offenen Markt, wie wir ihn heute nicht zuletzt dank des Internets

haben, gibt es keinen Grund, weshalb ein einzelner Anbieter in der Lage sein soll, die anderen zu dominieren. Natürlich darf man es nicht so machen wie in Ungarn, wo die Regierung irgendwelchen Freunden von Viktor Orban zu nationalen oder regionalen Monopolen verhilft. Was wir brauchen, ist eine vielfältige Landschaft mit verschiedenen Medienanbietern, die der Dynamik im Internet gerecht wird. **Gäbe es dann überhaupt noch ein staatsnahes Radio oder Fernsehen?** Institutionen wie die SRG gehen nicht einfach unter. Natürlich könnte sich auch die SRG um Abgeltungen bewerben, und wenn sie tatsächlich so kompetent ist, hätte sie sogar einen Vorsprung. Aber eines ist klar: Ein markt-orientierter Vorschlag wie meiner hat es schwer. Denn in der sich ergebenden Dynamik wäre unsicher, wer sich am Ende durchsetzt. Das können auch neue oder bisher kleine Anbieter sein. Entsprechend ist der Widerstand der Profiteure des heutigen Systems gross. **Sie selbst haben SRF auch viel zu verdanken, oder?**

Ja, klar. Wenn jemand als junger Ökonom in einer Sendung wie der «Arena» auftritt, hatte dies früher eine grosse Wirkung. Und es hilft natürlich der Karriere, wenn einen die Medien im richtigen Moment fördern. Heute hat dieser Effekt allerdings angesichts der Entwicklung der Einschaltquoten stark abgenommen.

«Linksdrall» bei der SRG? «Diese Pauschalisierung ärgert mich»

SRG-Ombudsfrau zur Halbierungsinitiative Die Zahl der Beanstandungen von SRG-Beiträgen erreicht ein Rekordhoch. Die Auswertung der Eingaben offenbart jedoch Überraschendes.

SVP-Nationalrat Thomas Matter sagt, er müsse in der SRF-Sendung «10 vor 10» nur zwei Sätze von Arthur Honegger hören – und schon wisse er, dass der Moderator links sei. Matter gehört zu den Initianten der Halbierungsinitiative und hat jetzt im Abstimmungskampf einen alten Vorwurf neu lanciert: Die SRG habe «Linksdrall».

Geärgert hat sich Matter etwa im letzten Jahr über einen Beitrag der «Tagesschau» zu Anti-AfD-Protesten in Deutschland. Dieser sei «nicht neutral» und «einseitig», kritisierte er in einer Beschwerde bei der SRG-Ombudsstelle.

Matter bekam teilweise recht. Einschätzungen der SRF-Korrespondentin Alexandra Gubser seien in der Tat «problematisch und auch meinungsverfälschend», heisst es im Bericht der Ombudsstelle. Es sei verharmlosend, mit den Worten zu schliessen, der allergrösste Teil der Proteste sei «bunt und friedlich» gewesen. Mit wenig Aufwand hätte man herausfinden können, dass es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen gekommen sei.

500 Beanstandungen aus Juso-Kreisen

1408 Beanstandungen erreichten im vergangenen Jahr die SRG-Ombudsstelle in der Deutschschweiz – so viele wie nie. «Vereinzelt» wurde dem Aufruf der SVP Folge geleistet, im Zuge der Halbierungsinitiative SRF mit Beschwerden einzudecken. Im Dezember reichte ein SVP-Vorstandsmitglied aus dem Raum Bern innert drei Tagen vier Beanstandungen ein, wie im Jahresbericht der Ombudsstelle zu lesen ist.

Doch nun warnt Co-Ombudsfrau Esther Girsberger davor, vor-eilige Schlüsse zu ziehen. «Die hohe Zahl ist kein Beweis, dass SRF links ist», sagt sie. So sei die grösste Massenbeanstandung 2025 aus dem Umfeld der Juso gekommen, 513-mal wurde die Satiresendung «Late Night Switzerland» kritisiert.

Dort zeigte Stefan Büsser ein Video mit der Zürcher SP-Jungpolitikerin Vera Celik und sagte, man wisse nicht, ob es sich bei der Frau um eine Muslima oder um den Präsidenten der Jungen SVP handle. Nils Fiechter hatte einst mit einem selbst gebastelten Sprengstoffgürtel auf dem Bundesplatz für das Verhüllungsverbot demonstriert. Die Ombudsstelle beanstandete die Sequenz als «diskriminierend und die Menschenwürde verletzend».

Girsberger sagt, ihr falle auf, dass die SRG in ihrer Berichterstattung dem Schutz von Verfolgten eine hohe Bedeutung beimesse. Das entspreche allerdings auch der humanitären Tradition der Schweiz.

Von «Linksdrall» will Girsberger nichts wissen. «Die SRG produziert Tausende Sendungen und Berichte, die sachgerecht und ausgewogen sind.» Es gebe allerdings Beanstandungen zu Publikationen, «die wir unterstützen», sagt sie.

«Daraus den Schluss zu ziehen, die SRG sei links, ist unfair. Diese Pauschalisierung durch SRG-Kritiker ärgert mich», sagt Girsberger, die FDP-Mitglied ist, betont zudem: «Journalistinnen und Journalisten von SRF halten ihre politische Grundhaltung zurück. Sie wissen, was auf dem Spiel steht, wenn sie nicht ausgewogen berichten.»

Eine Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften zeigt, dass drei Viertel der Schweizer Journalistinnen und Journalisten auf einer Skala von 0 bis 10 links von der 5 zu verorten sind. «Die politische Haltung der SRG-Mitarbeitenden unterscheidet sich nicht signifikant von jener der Journalisten in privaten Verlagen», sagt Journalistikprofessor Vinzenz Wyss. «Es gehört auch zum journalistischen Rollenbild, Missstände aufzudecken und die Machtverhältnisse kritisch zu hinterfragen, statt sie zu bewahren. Das entspricht eher einer linken Denkweise.»

Gemäss Wyss ist es jedoch «unlauter», von der persönlichen Einstellung direkt auf die Berichterstattung zu schliessen. Die SRG sei bemüht, vielfältig zu berichten. Der Teufel stecke oft im Detail. In rechten Kreisen stosse man sich an einzelnen Begriffen oder daran, dass bestimmte Aspekte zu kurz kämen. «Bei der Wahrnehmung im Publikum spielt es dabei eine Rolle, wie ein Thema inszeniert wird.»

Das Forschungszentrum Öffentlichkeit und Gesellschafter der Universität Zürich (FÖG) schreibt in einem Factsheet zur Initiative, dass die Nachrichten der SRG in der Schweiz zu den Angeboten mit dem höchsten Vertrauen in der Bevölkerung gehörten. Bei Menschen, die sich rechts verorten würden, sei das Vertrauen zwar weniger gross. Trotzdem geniesse die SRG «auch auf der rechten Seite mehr Vertrauen als die untersuchten privaten Medien». Das FÖG beruft sich dabei auf eigene Untersuchungen.

«Es ist unklug, dass die SRG die Kritik abwimmelt»

Zudem hat das FÖG in einer neuen Analyse die Berichterstattung von über 60 Volksabstimmungen ausgewertet. So wurde untersucht, ob der Tonfall eines Beitrags positiv, negativ oder ambivalent gegenüber der Vorlage war. Dabei zeigte sich, dass sich SRF und RTS praktisch im Durchschnitt aller untersuchten Medien befinden – und weder eine Positionierung nach rechts noch nach links erkennbar ist. «Eine politische Schlagseite nach links lässt sich nicht beobachten», schreibt das FÖG.

Selbst SVP-Bundesrat Albert Rösti stellt bei der SRG «den Willen zur ausgewogenen Berichterstattung» fest, wie er im Dezember gegenüber «20 Minuten» sagte. Allerdings gebe es noch Formate, die nach wie vor Luft nach oben hätten.

Die SRG hat aufgrund der Kritik extra eine Stellungnahme auf ihrer Website publiziert. Die Frage, ob bei der SRG nur linke Journalistinnen und Journalisten arbeiten, wird mit einem «Nein» beantwortet. Die Darstellung der Meinungsvielfalt des gesamten politischen Spektrums werde in den Programmen «gewährleistet».

Dies irritiert den Journalistikprofessor. «Ich finde es unklug, dass die SRG die Kritik eher abwimmelt», sagt Wyss. «Sie müsste doch von sich aus ein Interesse haben, die Vorwürfe zu entkräften.» Leider habe bisher niemand das Framing der SRG-Kanäle untersucht.

Adrian Schmid